

## Resultate aus der EZB-Forschung

# Der Finanzkrise auf der Spur

24. Juni 2014

Frankfurt · In einem grossangelegten Forschungsprojekt haben die Ökonomen des Euro-Systems (Europäische Zentralbank [EZB] und nationale Notenbanken der Währungsunion) die Ursachen der jüngsten Finanzkrise analysiert sowie nach neuen Ansätzen für die makroprudenzielle Aufsicht gesucht. Die Resultate der vierjährigen Forschungsarbeit, die über 160 wissenschaftliche Aufsätze umfasst, wurden am Montag von der EZB veröffentlicht. Im Begleittext zur Studie äusserte die Notenbank die Hoffnung, das Werk der europäischen Notenbank-Ökonomen möge helfen, Krisen in Zukunft frühzeitig zu erkennen.

Die Arbeiten befassten sich mit drei Schwerpunkten: Erstens ging es darum, die makroökonomischen Modelle, welche die Zentralbanken für ihre Prognosen verwenden, um den Faktor Finanzstabilität zu erweitern. Die Standardmodelle der Ökonomie wurden demnach um sogenannte finanzielle Friktionen bereichert. Von besonderer Bedeutung waren dabei etwa Bankausfälle, Insolvenzregeln und Panikverkäufe. Dadurch wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass Finanzkrisen zu dramatischen Anpassungen in der Wirtschaft führen können, welche von den Standardmodellen nicht vorausgesagt werden. Entsprechend unterschätzten die traditionellen Modelle der Notenbanken während Krisen häufig darauffolgende Rezessionen.

Zweitens sollten die Forscher Wege finden, das systemische Risiko besser zu messen. Dadurch sollte ein Frühwarnsystem für Finanzkrisen entwickelt werden. Drittens befassten sich die Notenbank-Ökonomen auch mit dem Thema Ansteckung. Zu diesem Zweck bauten sie eine neue Dateninfrastruktur, die es künftig ermöglichen soll, die Stabilität des europäischen Interbankenmarktes zu überwachen. Friktionen im Interbankenmarkt hatten besonders zu Beginn der jüngsten Finanzkrise, als sich die Banken untereinander nicht mehr trauten, erheblich zur Verschärfung der Systeminstabilität beigetragen. Die EZB hofft, dass die am Montag präsentierten Arbeiten auch von Forschern ausserhalb des Euro-Systems aufgenommen und erweitert werden.